Universitäts- und Hansestadt Greifswald Amt für Wirtschaft und Finanzen 15.11.2010

Protokoll

der Sitzung des Finanz-, Wirtschafts- und Liegenschaftsausschusses am 15. November 2010 im Senatssaal

Öffentlicher Teil

Beginn: 18:00 Uhr Ende: 20:21 Uhr

<u>Anwesenheit</u>

Herr Braun

Frau Bruns

Herr Dr. Fassbinder

Frau Görs

Herr Dr. Kerath

Herr Kolbe

Herr F.-R. Liskow

Herr Prof. Dr. Matschke

Herr Mundt

Frau Socher

Herr Voß

Entschuldigt

Frau Dr. Schwenke

<u>Verwaltung</u>

Herr Hochheim
Herr Wille
Herr Schult
Herr Feldt
Frau Baas
Frau Teetz
Frau Berthold
Frau Dr. Rothe

Frau Freese

<u>Gäste</u>

OZ, Frau Haase

TZV, Herr Kokowsky

Tagesordnung:

1.	Sitzungseröffnung	
2.	Bestätigung der Tagesordnung	
3.	Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner	
4.	Diskussion der Informationsvorlage	
4.1.	Immobilienbericht der Universitäts- und Hansestadt Greifswald Dez. II, Amt 23	05/384
5.	Diskussion von Beschlussvorlagen	
5.1.	Jahresabschluss 2009 des See- und Tauchsportzentrums - Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald stz	05/395
5.2.		05/375
5.3.		05/380
5.4.	••	05/382
5.5.	Änderung des Gesellschaftsvertrages der ABS mbH und Besetzung des Beirates Dez. I, Beteiligungsmanagement	05/393
5.6.	Übernahme von Anteilen an der Technologiezentrum-Fördergesellschaft mbH Vorpommern (TZV) und Änderung des Gesellschaftsvertrages Dez. I, Beteiligungsmanagement	05/394
5.7.		05/399
5.8.		05/401

- 6. Information der Verwaltung
- 7. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder
- 8. Informationen des Ausschussvorsitzenden
- 9. Bestätigung des Protokolls vom 11.10.2010
- 10. Schluss der Sitzung

Zu TOP: 1. Sitzungseröffnung

Herr Prof. Dr. Matschke eröffnet die Sitzung mit 11 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern.

Zu TOP: 2. Bestätigung der Tagesordnung

Unter dem Tagesordnungspunkt 5.8 wird zusätzlich die Tischvorlage "Stadtmarketing" aufgenommen.

Der Tagesordnungspunkt 5.7 wird aufgrund von gesundheitlichen Problemen eines Sitzungsmitgliedes als erster Punkt bei der Abarbeitung der Beschlussvorlagen vorgezogen.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen

Zu TOP: 3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

keine

Zu TOP: 4. Diskussion der Informationsvorlage

Zu TOP: 4.1. Immobilienbericht der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

Herr Schult, Abteilungsleiter Gebäudemanagement, trägt den Bericht vor. Die Power-Point-Präsentation hierzu liegt dem Protokoll bei.

Herr Prof. Dr. Matschke fragt an, ob es Vergleichswerte in Bezug auf Heizwerte mit und ohne Sanierung gibt, wie teuer die Sanierung war und wie hoch mit der Sanierung das Sparpotenzial ist. Herr Kremer erklärt, dass im Zuge des Konjunkturpaketes hierzu Berechnungen angestellt wurden und diese dem Protokoll beigelegt werden.

Im Zuge der Kreisstrukturreform werden ca. 21 Mio. EUR an Vermögensgegenständen dem Kreis zugeordnet, so Herr Hochheim. Ob und wie ein Wertausgleich erfolgt, bleibt abzuwarten. Zu ergänzen wäre, dass von den Betriebskosten ca. 3 Mio. EUR Personalkosten durch Hausmeister und Reinigung wegfallen, die dann nicht mehr im Verwaltungshaushalt zu Buche schlagen würden (betrifft dann auch die Sekretärinnenstellen). Dies ist wichtig, zu wissen, bevor man diskutiert, ob man beim Landkreis einen Antrag auf Erhalt der Schulträgerschaft stellen möchte.

Anschließend wird diskutiert, ob der Dienstleistungsbereich des Gebäudemanagements mit der DLG zusammengebracht werden könnte.

Bis zur Sondersitzung am 24.11.2010 möchte Herr Dr. Kerath wissen, wie hoch die objektbezogenen Bewirtschaftungskosten für das Gebäudemanagement sind.

Herr Prof. Dr. Matschke bittet darum, den Bericht als PDF-Datei zu versenden.

Zu TOP: 5. Diskussion von Beschlussvorlagen

Zu TOP: 5.1. Jahresabschluss 2009 des See- und Tauchsportzentrums - Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

Die Vorlage wird von Herrn Schult eingebracht. Es geht um die Feststellung des Jahresabschlusses 2009 und um die Feststellung des Jahresfehlbetrages. Der Jahresverlust soll durch Entnahme aus der allgemeinen Rücklage des STZ erfolgen.

Kritisch wird von Herrn Prof. Dr. Matschke angemerkt, dass bei einem solch hohen Jahresverlust die allgemeine Rücklage in 7 Jahren aufgebraucht ist.

Herr Mundt fragt nach, wie realistisch der ermittelte technische Zeitwert von 180.000 EUR für die Artur Becker ist. Man hofft, die Artur Becker für 100.000 EUR zu verkaufen, so Herr Schult.

Frau Dr. Rothe ergänzt, dass mit Einführung der Doppik der Verlust im Ergebnishaushalt dargestellt werden muss. Finanzpolitisch werden Überlegungen angestellt, damit der Verlust nicht allzu hoch wird.

Da der Beschlussvorschlag in der Ausfertigung unvollständig ist (Seite 2 fehlt – wird mit dem Protokoll nachträglich ausgehändigt), verließt er Prof. Dr. Matschke diesen und stellt ihn zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen

Zu TOP: 5.2. Überplanmäßige Ausgaben im Verwaltungshaushalt des Amtes für Jugend, Soziales und Familien im Bereich Hilfen zur Erziehung nach dem SGB VIII

Herr Wille führt in die Vorlage ein. Es geht um überplanmäßige Ausgaben im Verwaltungshaushalt im Bereich Hilfen zur Erziehung in Höhe von 360.000 EUR. Speziell handelt es sich um Kinder, die psychische Probleme aufweisen. Der erhöhte Ausgabebedarf begründet sich mit der Fallzahlensteigerung von 5 Fällen im Vergleich zum Vorjahr. Der Mehrbedarf soll aus dem Bereich Soziales "Kosten der Unterkunft" gedeckt werden.

Herr Prof. Dr. Matschke möchte zur Aussage "In M-V sind nachweislich bundesweit die meisten Kinder psychisch erkrankt." wissen, wie die Stadt Greifswald im Vergleich steht (soll als Anlage dem Protokoll beigefügt werden).

Über die Vorlage wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen

Zu TOP: 5.3. Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zur Umsetzung des Dritten Gesetzes zur Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes (3. ÄndG KiföG M-V) vom 12. Juli 2010

Da Herr Scheer zeitgleich im Jugendhilfeausschuss sitzt, wird auch diese Vorlage durch Herrn Wille eingebracht. Durch die vom Landtag verabschiedete Novelle des KiföG M-V im Sommer 2010 machen sich Neuregelungen erforderlich, die in dieser Vorlage vorgestellt werden. Inwieweit tatsächlich für diesen Mehraufwand die Mittel ausreichend sein werden (Prognosewerte), wird die Haushaltsdurchführung zeigen.

Zur Essenversorgung möchte Herr Dr. Kerath wissen, wie die technische Abwicklung erfolgen soll (Räumlichkeiten, Inventar etc.). Somit werden sicherlich noch weitere Kosten auf die Kommune zukommen.

Herr Dr. Fassbinder spricht folgende Punkte an:

- grundsätzlich soll zum Vergleich mit einer neuen Satzung auch die alte ausgehändigt werden,
- in der alten Satzung gab es den § 5, Abs. 1, der eine zentrale Anmeldung vorsah, dieser § ist jetzt nicht mehr vorhanden, gleichzeitig wurden im Haushalt aber Mittel für eine Software (25.000 EUR) für die zentrale Anmeldung aufgeführt (damit soll verhindert werden, so Herr Wille, dass Eltern ihre Kinder in verschiedenen Einrichtungen anmelden Doppelanmeldungen),
- früher gab es nach § 13 eine Geschwisterermäßigung, die jetzt mit der neuen Satzung (§ 12, Abs. 6) massiv zurückgeschraubt wurde.

Herr Dr. Kerath empfielt, dass es weiterhin nur eine Anmeldestelle gibt und man so auch die 25.000 EUR einsparen könnte.

Frau Socher möchte wissen, worauf sich im § 3 die Assistenzkräfte beziehen.

Frau Görs möchte wissen, ob diese Satzung nur für die öffentlichen Träger oder auch für die freien gilt.

Herr Wille wird die Empfehlung und Fragen an Herrn Scheer weiterleiten, sodass bis zur Sondersitzung die Antworten vorliegen.

Herr Dr. Fassbinder stellt den Antrag, die Vorlage in die Verwaltung zurückzugeben, um die noch offenen Fragen zu klären.

Über diesen Antrag wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen

Zu TOP: 5.4. Anderung der Gebührensatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Benutzung von Sportstätten in kommunaler Trägerschaft

Hintergrund der Änderung sind die vor einigen Jahren gebührenfreien Punktspiele des GSV im Volksstadion. Aber gerade für diese Punktspiele gab es erhebliche Aufwendungen und Investitionen. Mit einem erzielten Umsatz wäre dann die Universitäts- und Hansestadt Greifswald auch vorsteuerabzugsberechtigt. Mit dem Änderungsbeschluss wird das von der Bürgerschaft am 14.12.2009 beschlossene Haushaltssicherungskonzept umgesetzt.

Abstimmungsergebnis: 1 Gegenstimme 1 Stimmenthaltung

9 Ja-Stimmen

Zu TOP: 5.5. Änderung des Gesellschaftsvertrages der ABS mbH und Besetzung des Beirates

Frau Teetz erläutert die Vorlage. Auf Grundlage eines Bürgerschaftsbeschlusses wurde der Oberbürgermeister beauftragt, einen Beirat einzuberufen mit dem Ziel, dass der Beirat durch seine Tätigkeit und die Empfehlungen an Geschäftsführung und Gesellschafterversammlung die Gesellschaft in der Umsetzung ihres Gegenstandes und ihrer Aufgaben begleitet und unterstützt. Dem Beirat sollten 8 Mitglieder angehören, 5 davon werden durch die Bürgerschaft entsandt.

Auf Nachfrage erklärt Frau Teetz, dass die Namen für die Beiratsmitglieder über die Bürgerschaftskanzlei zur nächsten Bürgerschaftssitzung genannt werden können.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 2 Stimmenthaltungen 9 Ja-Stimmen

Zu TOP: 5.6. Übernahme von Anteilen an der Technologiezentrum-Fördergesellschaft mbH Vorpommern (TZV) und Änderung des Gesellschaftsvertrages

Zu diesem Tagesordnungspunkt wird Herr Kokowsky begrüßt. Frau Dr. Rothe führt in die Vorlage ein. Es ist beabsichtigt, dass die Gesellschafteranteile von Nokia Siemens Networks GmbH & Co. KG zu 50 % von der Universität und zu je 25 % von der Sparkasse und der Universitäts- und Hansestadt Greifswald erworben werden.

Entgegen der Ankündigung des TOP wird die Änderung des Gesellschaftervertrages zu einem späteren Zeitpunkt den Gremienlauf passieren.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen

Zu TOP: 5.7. Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2011

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden die Veränderungslisten für den Verwaltungs- und Vermögenshaushalt ausgeteilt. Herr Wille erläutert im Einzelnen die Änderungspositionen.

Herr Prof. Dr. Matschke verweist auf seine Änderungsvorschläge, die er allen Ausschussmitgliedern zugesandt hat.

Herr Dr. Fassbinder fragt an, ob der Wegfall der MAE-Kräfte ab 01.01.2011 im Haushalt dargestellt ist. Hierzu erklärt Herr Schult, dass sie aufgrund der Kürze des Bekanntwerdens dieser Information noch nicht eingeplant wurden, es aber keine große Rolle spielen wird, da man im Deckungsring noch Spielraum hat und ansonsten einen Antrag auf überplanmäßige Ausgaben stellen muss.

Es wird von Herrn Wille ergänzt, dass auch die Reduzierung des Fernwärmpreises noch nicht berücksichtigt wurde.

Frau Socher fragt an, wenn im Zuge der Kreisstrukturreform die Schulen zum Landkreis übergehen, ob es dann auch zwingend erforderlich ist, die Gebäude mit zu übertragen. Des Weiteren möchte sie wissen, ob es seitens des Planungsverbandes schon Überlegungen gibt, wie viel Schulen dann noch benötigt werden.

Die Vermögensgegenstände, die zur Erfüllung der Aufgaben notwendig sind, werden mit übertragen, so Herr Hochheim. Was die Planungen der zukünftigen Schulstandorte betrifft, kann man ganz klar sagen, dass es eine Aufgabe ist, die definitiv auf den neuen Landkreis übergeht. Die neue Planung der zukünftigen Schulstandorte trifft ausschließlich der Kreis.

Herr Dr. Kerath möchte bis zur Sondersitzung

- eine Aufstellung, welche konkreten Immobilien von der Übertragung betroffen und welche Werte damit verbunden sind,
- eine Aussage darüber, ob dass Gebäudemanagement ausgeschrieben werden kann,
- Aussagen zum Leasing von Fahrzeugen Kostengegenüberstellung zum Kauf.

Alle anderen Fragen sind dem Fragenkatalog der SPD-Fraktion zu entnehmen.

Herr Wille informiert, dass zur Problematik Kreisstrukturreform zwei Arbeitsgruppen gebildet wurden (eine intern und eine mit dem Landkreis).

Bis zur Sondersitzung möchte Herr Dr. Fassbinder die Kosten erläutert haben, was in den Rad-, Fuß- und Straßenverkehr investiert wird.

Zu TOP: 5.8. Stadtmarketing

Die Vorlage ist selbsterklärend, so Herr Dr. Kerath. Mit dieser Vorlage soll der Oberbürgermeister beauftragt werden, zu prüfen, in welcher Form die verschiedenen Aktivitäten im Bereich des Tourismus, der Stadtentwicklung, der Wirtschaftsförderung sowie des City- und Eventmanagements unter Einschluss der Aktivitäten Dritter in einer Stadtmarketinggesellschaft gebündelt werden können, um auf diese Art Synergien zu heben und Kosten zu sparen. Als Arbeitsgrundlage soll das Kurzkonzept des VGI dienen.

Herr Wille ergänzt, dass die Verwaltung schon mehrere Monate an einem solchen Konzept arbeitet. Intern sind die Überlegungen und Diskussionen weitestgehend abgeschlossen.

Derzeitig wird ein schriftlicher Konzeptentwurf unter Einbeziehung des VGI und FVV erarbeitet, der in der Februarsitzung der Bürgerschaft vorgestellt werden soll.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen

1 Stimmenthaltung

Zu TOP: 6. Information der Verwaltung

Herr Wille gibt Informationen zum Haushalt: Die erlassene Haushaltssperre aus dem Monat Oktober wird aufrechterhalten. Es zeichnet sich ab, dass die Vorgaben des Innenministeriums nicht erfüllt werden können. Aus heutiger Sicht fehlen 300.000 EUR. Das Jahr wird voraussichtlich mit einem Defizit von 3,1 Mio. EUR abschließen, wobei 2,8 Mio. EUR aus dem Jahr 2008 resultieren.

Positive Entwicklungen gab es am Gemeindeanteil der Einkommenssteuer. Er ist deutlich höher ausgefallen, als es zu erwarten war.

Des Weiteren informiert Herr Wille über die Breitbandversorgung im ländlichen Raum. Für den Ortsteil Friedrichshagen wurde ein Antrag gestellt, um dort den Versorgungsgrad zu stärken. Für den Ortsteil Riems wird dies ein privater Investor übernehmen.

Frau Teetz informiert, dass der Beteiligungsbericht allen zugestellt wurde. Für Nachfragen steht das Beteiligungsmanagement zur Verfügung.

Herr Dr. Kerath berichtet aus einer Zeitung über einen Prozess gegen die Universitäts- und Hansestadt Greifswald am Landgericht Stralsund. Es geht um das Biodieselwerk, welches ein Investor in Ladebow errichten wollte. Gegenstand ist ein Amtshaftungsprozess wegen Versäumnisse in der Stadtverwaltung. Nach dem Bericht soll der zuständige Richter sehr deutlich zu erkennen gegeben haben, dass er diesem Amtshaftungsanspruch sehr wohlwollend gegenübersteht. Da dieser Anspruch im 7stelligen Bereich liegt, möchte Herr Dr. Kerath wissen, wie die Stadtverwaltung diesen Prozess einschätzt und wie die Erfolgsaussichten sind.

Herr Wille wird hierzu die Rechtsabteilung befragen und zur Sondersitzung aussagefähig sein.

Zu TOP: 8. Informationen des Ausschussvorsitzenden

Herr Prof. Dr. Matschke informiert, dass die Sondersitzung am 24.11.2010 von Herrn Mundt geleitet wird.

Zu TOP: 9. Bestätigung des Protokolls vom 11.10.2010

Es liegen keine Änderungen vor und wird so bestätigt.

Frau Socher zeigt an, dass das Protokoll von der Sondersitzung des Finanz- und Bauausschuss am 14.09.2010 noch bestätigt werden muss.

Zu TOP: 10. Schluss der Sitzung

Die Sitzung wird um 20:21 Uhr beendet.

Prof. Dr. Manfred Matschke Ausschussvorsitzender

Birgit Rosolski für das Protokoll